

30. IX. 1917

Sofrat Dr. Ritter v. Wetstein

Wirt aus: Je rascher wir an die Wiederherstellung unseres zerstörten Schulwesens schreiten, je rascher wir mit einer entsprechenden Ausgestaltung unseres Unterrichtswesens vorgehen, um so früher werden wir auch in der Lage sein, die furchtbaren Schäden des Krieges zu mildern und eine zeitentsprechende Entwicklung anzubahnen. Unser Schulwesen hat nicht nur im engeren und weiteren Kriegsgebiet, sondern auch im Hinterland sehr gelitten. Wir alle können ja beobachten, welsch hohen Grad die Vermilderung und Verrohung und auch die Kriminalität unserer Jugend schon erreicht hat. Je mehr das Elternhaus versagt und in dieser Zeit versagen muß, um so dringender tritt die Aufgabe der Schule hervor, in dieser Hinsicht erziehlisch einzugreifen. Redner richtet an alle staatlichen und autonomen Behörden den dringenden Appell, alles aufzubieten, um so rasch wie möglich unsere Schulen wieder in einen halbwegs normalen Gang zu bringen. Redner bringt sodann einige Wünsche in bezug auf das Volksschulwesen zum Ausdruck. Er wolle nicht so weit gehen, eine Verstaatlichung des Volksschulwesens als Ziel

hinzustellen. Wohl aber soll sich der Staat nicht die Heranbildung der Lehrerschaft und die Schulaufsicht bis hinunter zur letzten Volksschule entgehen lassen. Es ist nicht zu verstehen, warum in Oesterreich im weitesten Maß die Ausbildung der Lehrer verschiedenen autonomen Behörden und Privatschulen überantwortet wurde, wodurch man provoziert hat, daß der Lehrer in viel weiterem Maße, als es wünschenswert und im Interesse des Staates ist, der politischen Agitation ausgesetzt wird. In einer Zeit, in der das Wort „Autonomie“ auch zur Bezeichnung erster und weitgehender Programme geworden ist, ist die Betonung des staatlichen Einflusses auf dem Gebiet des Volksschulwesens von der allergrößten Wichtigkeit. (Beifall.) Heute, Jahrzehnte nach Schaffung des Reichsvolksschulgesetzes, wäre es an der Zeit, über die in diesem Gesetze vorgesehenen Grundzüge hinauszugehen. Redner denke dabei nicht an eine Verlängerung der Schulpflicht, bezeichne es aber als unzureichend, daß ein großer Teil der Bevölkerung schon mit dem vierzehnten Lebensjahre den gesamten Schulunterricht abschleße. Er befürwortet die Einrichtung der Fortbildungsunterrichtsanstalten für diejenigen Kreise der Bevölkerung, die auf den Volksschulunterricht angewiesen sind, und tritt in diesem Zusammenhang namentlich für eine Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen ein. Er beklagt es, daß die Bürgererschule in Oesterreich das Stiefkind der gesamten Unterrichtsverwaltung geworden sei. Das Interesse unserer Unterrichtsverwaltung hat sich in den letzten Jahrzehnten ganz auf die Mittelschulen konzentriert, und diese Entwicklung mußte verhängnisvolle Folgen zeitigen.

Redner begrüßt in diesem Zusammenhang namentlich die Stelle der Regierungserklärung über die Bürgererschule.

Die Hochschulen sind nicht auf der Höhe ihrer Entwicklung in den Krieg eingetreten. Die Gründe für diese tief bedauerliche Erscheinung sind mannigfacher Art, alle gehen aber auf die Eigenart unseres ganzen Volkes zurück, das nicht geneigt ist, überhaupt etwas ernst zu nehmen. Kleinliche Verhältnisse schaffen immer nur kleinliche Menschen, sie hemmen den Bedeutenden, bis er schließlich, dem Widerstand nachgebend, sich verbittert und vergrämt ins Unvermeidliche fügt. Großzügigkeit in der Hochschulpolitik hat das Deutsche Reich zu jener imponierenden Stellung auf dem Gebiete der Wissenschaft gebracht, die von Freund und Feind anerkannt wird. Kleinlichkeit und Niskalismus auf dem Gebiete des Hochschulwesens ist auch in finanzieller Hinsicht die allerschlechtesten Politik. (Lebhafte Zustimmung.) Was auf dem Gebiet der Ausgestaltung der Hochschulen in den letzten Jahren durch die Unterrichtsverwaltung geleistet wurde, muß zwar anerkannt werden, aber leider ist man an die Ausgestaltung viel zu kleinlich und zu zögernd herangetreten. Während alle Kaffeehäuser und Vergnügungsetablissemments mit Kohle genügend versorgt sind, steht die Wiener Universität bei Eintritt einer Temperatur unter Null vor der Schließung, da sie über kein Heizmaterial verfügt.

In Besprechung des Frauenstudiums bemerkt Redner, die Anfüllung der Hochschulen mit studierenden Mädchen, denen nicht die Möglichkeit gegeben wird, zu irgendeinem Lebensziel zu gelangen, heißt nur, die Zahl des akademisch gebildeten Proletariats durch ein Element vermehren, dem man diese Erziehung hätte ersparen können. Der Krieg hat gezeigt, daß sich entsprechend gebildete Frauen und Mädchen zu zahlreichen Funktionen im öffentlichen Dienste unter der Voraussetzung eignen, daß sie eine über die normale Bildung einer Mittelschule hinausgehende Bildung besitzen, für die eine vollständige Hochschulbildung durchaus nicht notwendig ist. Es müßte also im Rahmen der Universität ein etwa zweijähriger juridischer oder medizinischer Unterricht eingeschaltet werden, in denen solchen Frauen die entsprechende Vorbildung gegeben wird.

Redner streift das Gebiet der Fürsorge für die aus dem Krieg heimkehrenden Studenten und schließt: Während des Krieges hat an den Hochschulen ein Prozeß riesige Fortschritte gemacht, der schon vor dem Kriege mit Bedauern konstatiert werden mußte: der Abfluß unserer Kräfte nach dem Ausland und die große Schwierigkeit des Ersatzes der entstandenen Lücken durch Berufung. Das Deutsche Reich, beziehungsweise seine Hochschulen, haben den Krieg sehr gut auszunutzen verstanden, um aus Oesterreich hervorragende Kräfte nach Deutschland zu ziehen, und wenn es sich darum handelt, die entstandenen Lücken zu füllen, so bereitet es der Unterrichtsverwaltung außerordentliche Schwierigkeiten, überhaupt eine Berufung durchzuführen. Das muß einen Grund haben. Dieser Grund ist vor allem in der finanziellen Lage der Hochschulpromessoren in Oesterreich zu suchen. Von dem Zeitpunkte der Abschaffung des Kollegiengeldes an hat der allmähliche Verfall des österreichischen Hochschulwesens begonnen. Wenn Oesterreich die Konkurrenz mit dem Auslande, ja wenn Wien sie mit den Provinzuniversitäten aufnehmen will, dann bleibt nichts anderes übrig als neuerdings an die Regelung dieser Frage zu schreiten. Als vor vier Jahren die Gehalte der Staatsbeamten reguliert wurden, gingen die Hochschullehrer leer aus, weil die Vorlage eines Gesetzes in Folge der politischen Ereignisse unterbleiben mußte. Er halte es für seine

Pflicht, die Aufmerksamkeit des Hauses auf diese Angelegenheit zu lenken und hoffe, daß der Unterrichtsminister, dem diese Verhältnisse sehr gut bekannt sind und der sein Interesse für diese Frage wiederholt bekundet hat, dem Hause bald Gelegenheit geben werde, zu einer entsprechenden Vorlage Stellung zu nehmen. Er erklärt, für das Budgetprovisorium zu stimmen. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.)